

Anschluss verschlafen

Bei der Produktion von Wind- und Solarstrom liegt die Schweiz weit zurück

VON JÜRG MEIER

ZÜRICH Schon nächste Woche könnte der Bundesrat seine Energiestrategie 2050 vorstellen. Er will mit ihr den Ausstieg aus der Kernenergie schaffen. Ein Hoffnungsträger sind Wind- und Solarenergie. Eine Erhebung der atomkritischen Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) zeigt nun, dass die Schweiz hier im Vergleich zum umliegenden Ausland weit im Hintertreffen liegt. Ein durchschnittlicher Schweizer Haushalt verbraucht heute jährlich 3500

Kilowattstunden (kWh) Strom. Die Produktion von Wind- und Solarstrom pro Kopf betrug 2011 aber nur 29 kWh. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 801 kWh, fast dreissigmal mehr. Auf den nächsten Plätzen folgen Italien mit 335 kWh und Belgien mit 308 kWh. Sogar das leicht nördlicher gelegene Tschechien produziert pro Einwohner zehnmal mehr Sonnenstrom als die Schweiz. SES-Experte Felix Nipkow führt das schlechte Resultat darauf zurück, dass Politik und Stromversorger das Thema jahre-

oder sogar jahrzehntelang verschlafen haben. Nipkow fordert nun ein Umdenken. Die in der Schweiz geltende Begrenzung der Förderung für Solaranlagen müsse abgeschafft werden. Und auch bei der Windenergie habe die Schweiz noch viel Potenzial. Die Strombranche wehrt sich gegen die Kritik. «Die Schweiz verfügt im OECD-Vergleich über einen der höchsten Anteile an erneuerbaren Energien», erwidert Michael Frank, Direktor des Verbandes der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen (VSE). Die

Branche habe aber in den Ausbau der Wasserkraft investiert. Dort liege der Vorteil der wasserreichen und bergigen Schweiz und nicht primär bei der heute noch teuren Solarenergie. Frank weist zudem auf die negativen Seiten des Solarbooms in Deutschland hin. Denn der Abnahmepreis für die teure Energie ist den Produzenten für 20 Jahre garantiert und wird von den Stromkunden durch zusätzliche Abgaben gedeckt. Das belaste die Volkswirtschaft in den nächsten Jahren mit Milliarden Euro.

Blackbox Ruag

VR-Präsident wegen zögerlicher CEO-Suche kritisiert

BERN Bald ein Jahr ist es her, seit der bundeseigene Technologiekonzern Ruag seinen CEO Lukas Braunschweiler an den Hörgerätehersteller Sonova verlor. Den vakanten Chefsessel besetzt interimistisch Konrad Peter, Präsident des Verwaltungsrats (VR). Gemäss einem Ruag-Sprecher läuft die CEO-Suche noch immer. Infrage kämen interne wie externe Kandidaten. Insider wundern sich über die lange Suchphase und sprechen von einem «Blackbox»-VR. Und sie kritisieren das Führungsvakuum, das Peter entstehen lässt. Es sei dringend nötig, dass ein neuer CEO die Zügel wieder in die Hand nehme. «Man hört nichts

Gutes aus den Sparten», sagt einer. Die Divisionsleiter Urs Breitmeier (Waffensysteme) und Philipp Berner (Aviatic) stehen Insidern zufolge zur Verfügung – doch Peter, der sich «gerne als CEO sieht», zögert. Im VR hat sich Widerstand gegen die beiden internen Kandidaten formiert. «Je länger die Suche dauert, desto mehr schwächt man die Internen», moniert jetzt ein Kenner. Die Ruag verweist auf die eine erfolgreiche Suche erschwerenden Anforderungskriterien: Der CEO muss Schweizer sein, zudem erwartet ihn mit 850 000 Franken ein vergleichsweise bescheidenes Jahresgehalt. ALICE CHALUPNY

MANUEL AMMANN

Soll man die Grossbanken zerschlagen?



Immer mehr Exponenten aus Wirtschaft und Politik sprechen sich dafür aus, grosse Banken in verschiedene Geschäftsbereiche aufzuteilen. Eine aufgespaltene Bank ist eine kleinere Bank und deshalb weniger «systemrelevant», so die Idee. Systemrelevanz ist problematisch, denn Banken, die «too big to fail» sind, müssen im Krisenfall vom Staat gerettet werden, um das Finanzsystem nicht zu gefährden. Gerade das Investmentbanking erscheint besonders risikoreich und deshalb als idealer Kandidat für die Abspaltung. Zudem werden grosse Finanzkonglomerate an den Börsen mit Abschlüssen bestraft. Eine Aufteilung würde vielleicht gar Aktionärs wert erzeugen.

Eine Aufspaltung der Grossbanken könnte betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, aber soll sie deshalb den Banken aufgezwungen werden? Ich

«Regulatoren sollten sich hüten, Banken bestimmte Geschäftsmodelle zu diktieren»

meine nein. Ein Zwang wäre nur vertretbar, wenn erstens die Aufspaltung das Problem der Systemrelevanz nachhaltig lösen würde und zweitens nicht mit einer weniger invasiven Lösung der gleiche Effekt erzielt werden könnte. Die erste Bedingung ist meist nicht erfüllt. Wird eine Grossbank zweigeteilt, sind in der Regel auch die

Teile noch grosse, systemrelevante Banken. Man denke nur an die vergleichsweise kleine Lehman Brothers, deren Bankrott das Finanzsystem an den Rand des Abgrunds brachte. Oft wäre folglich eine Aufspaltung in viele kleine Stücke nötig, was unrealistisch ist.

Auch die zweite Bedingung ist nicht erfüllt, denn eine wirksame Alternative gibt es. Hätten nämlich die systemrelevanten Banken genügend Eigenkapital, dann wäre die Wahrscheinlichkeit gering, dass sie der Staat im Krisenfall rekaptalisieren müsste. Strenge Eigenkapitalvorschriften für grosse Banken sind kein Allheilmittel, aber sie können die «Too big to fail»-Problematik ähnlich effektiv entschärfen wie ein Trennbankensystem, überlassen aber die Entscheidung über das Geschäftsmodell den Eignern der Bank. Da niemand weiss, welches Geschäftsmodell sich in Zukunft am besten bewähren wird, sollten sich die Regulatoren davor hüten, den Banken bestimmte Geschäftsmodelle zu diktieren.

Die Schweiz hat bereits gehandelt und die Eigenmittelanforderungen an Grossbanken deutlich erhöht. International lassen griffige Eigenmittelvorschriften für systemrelevante Banken aber weiter auf sich warten.

Manuel Ammann ist ordentlicher Professor an der Universität St. Gallen und Direktor des Schweizerischen Instituts für Banken und Finanzen

ANZEIGE

www.post.ch/klima

Ich will auf einem gesunden Planeten gross werden.

Lukas, 10-jährig

Wir beziehen den Strom zu 100% aus erneuerbaren Schweizer Energiequellen.

Die Post ist auch für die künftigen Generationen da. Deshalb setzen wir komplett auf Strom von Schweizer Wind- und Wasserkraftwerken sowie von kleinen Solar- und Biomasseanlagen. Damit unterstützen wir schon heute ein Ziel der Energiestrategie 2050 des Bundes. **Für die anspruchsvollsten Kunden der Welt.**